

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



## Inhalt

Ernst Waltemathe MdB zu  
den Reisen von Strauß und  
Dregger nach Chile und  
Südafrika

Seite 1/1a

Jürgen Schmaude MdB fragt  
nach der Glaubwürdig-  
keit der Menschenrechts-  
aktionen von CDU und CSU

Seite 2/3

Peter Corterier MdB weist  
auf die Bedeutung der  
spanischen Betriebsrats-  
wahlen hin

Seite 4

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölnener Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 60 11

32. Jahrgang / 224 / 23. November 1977

Wer schweigt, macht sich mitschuldig

Von Ernst Waltemathe MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der "Chile-Hilfe für poli-  
tisch Verfolgte e.V."

Zwei der einflußreichsten Politiker der CDU/CSU, Franz Josef  
Strauß und Alfred Dregger, beide als Kanzlerkandidaten der  
Union für 1980 in den Startlöchern, tun der Weltöffentlich-  
keit zurzeit kund, wo sie auf internationaler Ebene ihre  
Gesinnungsfreunde und Bündnispartner haben.

Strauß bejubelt die faschistische Pinochet-Diktatur in  
Chile, die eine demokratische Regierung mit einem Militär-  
putsch gestürzt hat und sich durch brutale Morde, Folterun-  
gen und Verfolgungen von Tausenden von Demokraten hervorge-  
tan hat.

Dregger erklärt dem Putschisten-Regime des Ian Smith  
in Rhodesien und dem Rassisten-Regime des Johannes Vorster  
in Südafrika seine Solidarität: "Wenn ich Bure wäre, würde  
ich mich auch auf die Festung zurückziehen und um mich schlie-  
ßen."

In diesen Ländern, die von Strauß und Dregger als "Garanten  
der Freiheit" gepriesen werden, sind demokratische Parteien  
entweder verboten (Chile) oder aber die politische Betätigung

ist nur den rassistischen weißen Minderheiten erlaubt (Rhodesien, Südafrika). In diesen Ländern werden Oppositionelle in Kerker geworfen, gefoltert und umgebracht. Und Strauß wünscht, daß diese "Freiheit erhalten bleibt".

Der SPD-Parteitag, der SPD-Vorstand und die SPD-Bundestagsfraktion haben das Verhalten des CSU-Vorsitzenden scharf gerügt. Auf ein Wort des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl warten wir noch vergeblich, obwohl doch Kohl selbst noch vor wenigen Wochen in einem Brief an Pinochet "schärfstens" gegen die "Verletzungen der Menschenrechte und der grundsätzlichen Freiheiten" in Chile protestiert hat. Aber Kohl wurde schon damals von den wirklichen Vorsitzenden der Union zurückgepfiffen. Ein bedenkliches Zeichen dafür, daß antidemokratische Kräfte, die sogar offen mit Faschisten sympathisieren, in CDU und CSU immer mehr die Oberhand gewinnen.

Die Führer der Opposition sind natürlich auch Repräsentanten unseres Staates und unserer Gesellschaftsordnung. Wie aber läßt sich ein Staat und eine gesellschaftliche Ordnung verteidigen, deren Repräsentanten den Faschismus und Rassismus bejubeln? Anders gefragt: Wie soll man mit Strauß den Terrorismus in der Bundesrepublik bekämpfen können, wenn Strauß selbst seine Hochachtung vor einem der schlimmsten Terroristen unserer Zeit bekundet? Der vielbeschworene Grundkonsens der Demokraten trotz unterschiedlicher Auffassungen in Einzelfragen ist notwendig für den Bestand der Demokratie. Die Grundlage dafür ist unsere Verfassung, das Grundgesetz, dessen Basis die antifaschistische Haltung aller Parteien war.

Dieser grundsätzlich positive Grundkonsens ist freilich nur mit Antifaschisten und Demokraten möglich. Wenn wir vom Grundkonsens der Demokraten sprechen, können wir nicht den Konsens von Demokraten und Anti-Demokraten meinen.

Für die Sozialdemokraten muß es daher eine sehr ernste Frage sein, ob sie wirklich mit Strauß und Dregger und ihnen Gleichgesinnten noch zusammenarbeiten können. Wer duldet, was Strauß und Dregger gerade in Lateinamerika und im südlichen Afrika praktizieren, macht sich mitschuldig an der Verfolgung von Demokraten in diesen Ländern.

(-/23.11.1977/bgy/hgs)

Nur glaubwürdige Fürsprecher nützen den Menschenrechten

Wer die Chile-Junta entschuldigt, stärkt die Unterdrückung

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Vorsitzender des außen- und deutschlandpolitischen Arbeitskreises  
der SPD-Bundestagsfraktion

In sehr unterschiedlicher Weise hat die CDU/CSU in den letzten Wochen zur Beschäftigung mit Menschenrechtsverletzungen Anlaß gegeben. Im Rahmen einer parlamentarischen Großen Anfrage wollte sie ihr "Weißbuch über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa" als Bundestagsdrucksache einbringen und damit die Rolle des kämpferischen Fürsprechers für den Schutz von Menschenrechten übernehmen. Die besonders grausamen zahllosen Menschenrechtsverletzungen, deren das chilenische Militärregime weltweit überführt ist, hindern andererseits den CSU-Vorsitzenden Strauß nicht, eben diese Junta nachdrücklich zu entschuldigen und gar noch zu loben. Im Zusammenhang betrachtet ergeben beide Vorgänge ein recht aufschlußreiches Bild vom Menschenrechtsverständnis der Union.

Ein besonderes politisches Gewicht sollte das "Weißbuch" Anfang November 1977 durch die mit ihm verbundene Große Anfrage an die Bundesregierung erhalten. Der Versuch, dieser Dokumentation einer Fraktion durch Vorlage als Bundestagsdrucksache einen amtlichen Anschein zu geben, mußte bereits an der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages scheitern. Fast unbemerkt blieb dabei die aus dem vorgesehenen Text der Großen Anfrage ersichtliche politisch bedenkliche Absicht, die Bundesregierung zum Vortrag des Inhalts der Dokumentation auf der KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad zu veranlassen. Dabei kann auch die Opposition nicht im Zweifel darüber sein, daß die Bundesregierung bei einem derartigen Vorgehen in Belgrad als Störenfried wirken und sich - auch gegenüber den westlichen Teilnehmern - isolieren würde.

Soweit die Opposition ihr "Weißbuch" unabhängig von der Großen Anfrage vorgelegt hat, handelt sie in eigener Verantwortung und ohne den Versuch, die Regierung in aussichtslose Manöver zu verstricken. Die kritische Betrachtung dieses Vorgangs ist daher anderer Art als bei der Großen Anfrage.

Die CDU/CSU wird die Erfahrung machen, daß sie mit ihrer Dokumentation nichts erreicht. Etwas Wirkungen, die einzelne Vorwürfe haben könnten, sind blockiert durch den Umfang des zusammengetragenen Stoffes und z.B. die extensive Formulierung des völkerrechtlichen Rügerechts, mit dem der Vorbehalt der Nichteinmischung überwunden werden soll. Die ohne erkennbare Gewichtung oder Hervorhebung erfolgte Aneinanderreihung einer großen Zahl von Menschenrechtsverletzungen oder menschenrechtlich bedenklicher Vorgänge führt dazu, daß besonders dringend einer Lösung bedürftige Härtefälle eingeebnet werden und insoweit das Bemühen um bevorzugte Lösung erschwert wird. Solche Erschwernis kann sich z.B. daraus ergeben, daß die zum Bewirken der Freilassung politischer Häftlinge aus der DDR seit langem eingeführte Praxis offen angeprangert wird. Diese Argumentation bestärkt die Anhänger rigorosen und harten Vorgehens auf beiden Seiten und schwächt im gleichen Maße die Position der Praktika der menschlichen Erleichterungen.

Wer schließlich Gruppenrechte für deutsche Minderheiten fordert, muß auf die Vorbehalte eingehen, die sich für osteuropäische Staaten aus ihren Erfahrungen während

der Vorkriegsjahre ergeben. Das Weißbuch der CDU/CSU zeichnet sich gerade in diesem Punkt durch unverständliche Unbefangenheit aus.

Es entspricht gleichermaßen der Tradition wie der aktuellen Politik der SPD, in der Wertsetzung der Menschenrechte und der Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen keine Abstriche zu dulden. Das Eintreten für Menschenrechte darf sich jedoch nicht in Formalprotesten zur Selbstberuhigung oder im innenpolitisch orientierten Wettstreit in öffentlicher Abscheu über Menschenrechtsverletzungen erschöpfen. Stets kommt es darauf an, besonnen und zielstrebig dasjenige Vorgehen zu wählen, mit dem den betroffenen Menschen am besten zu helfen ist. Dieses Ziel schließt es vollständig aus, Menschenrechte als Instrumente einer politischen Auseinandersetzung zu verbrauchen, sie z.B. als "Vehikel westlicher Politik" einzusetzen.

So sind die zum Schutz der Menschenrechte gebotenen Maßnahmen unterschiedlich. Sie richten sich z.B. danach, ob in Verhandlungen oder Gesprächen mit dem anderen beteiligten Staat die Abhilfe in Einzelfällen möglich ist. Für öffentliche Erklärungen spielt es eine Rolle, ob Regierungen, die Menschenrechtsverletzungen begehen, sich auf eine angebliche Zugehörigkeit zum politischen Lager des Westens berufen oder Zusammenarbeit z.B. zur Abwehr des Kommunismus beanspruchen. Auf solcher Grundlage ist eine deutliche Sprache angemessen und erforderlich. Besonders eindeutig und hart muß aber unser öffentliches Auftreten dort sein, wo in Form von Foltergruppen und Morden die schwerste Form der Menschenrechtsverletzung geübt wird. Und jedenfalls können alle taktischen Gesichtspunkte zwar Zurückhaltung nahelegen, niemals jedoch Verharmlosung oder gar ausdrückliche Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen begründen.

Nach diesen Maßstäben ist das Verhalten des CSU-Vorsitzenden Strauß in Chile völlig unververtretbar. Es steht zugleich in drastischem Widerspruch zu der moralischen Kompetenz, die seine Fraktion im übrigen, etwa bei Vorlage des "Weißbuches", in Anspruch nimmt. Dabei kann es Strauß nicht entlasten, daß er den Übergang zur parlamentarischen Demokratie in einem Staat befürwortet, dessen Militärregime eine solche Entwicklung selbst immer wieder ankündigt, dabei aber den Zeitpunkt ins Unendliche hinausschiebt.

Gegen welche "Lügen und Verleumdungen" nimmt Strauß die chilenische Junta in Schutz? Denkt er auch an den kritischen Brief, den sein Fraktionsvorsitzender Kohl im September an Pinochet schreiben wollte, aber nicht durfte? Strauß kann sich nicht darüber täuschen, daß er mit solchen Formulierungen das chilenische Militärregime von den tausendfach erhärteten Beschuldigungen der politischen Verfolgung, der Folter und des Mordes reinwäscht. Offenbar auch mit voller Absicht fordert er die Chilenen auf, dafür Sorge zu tragen, "daß die Freiheit in Chile erhalten bleibt". Wenn das die Freiheit ist, die er "statt Sozialismus" zu bieten hat, dann könnte man in der Tat einer Regierungsübernahme durch diesen Mann nur mit Grausen entgegensehen.

Bezeichnend ist, daß auch die Haltung von Strauß zu den Menschenrechten offenkundig durch instrumentelles Denken bestimmt ist. So wie andere mit dem Eintreten für Menschenrechte die Zersetzung kommunistischer Regimes bewirken möchten, reicht es ihm aus, daß in Chile ein kommunistisches Regime verhindert worden sei, um schwerste Menschenrechtsverletzungen absichtsvoll zu verschweigen.

Die Diskussion über die Menschenrechte wird auch im Deutschen Bundestag weitergehen, und dazu gibt es bei manchen Politikern der Union eine durchaus diskussionswürdige Grundhaltung. Die Haltung des CSU-Vorsitzenden und der ihm anhängenden Scharfmacher aber läßt nicht einmal eine sinnvolle Diskussion erwarten; über solche Positionen wird es niemals Verständigung, für sie kann es nur eindeutige Ablehnung geben.

(-/23.11.1977/ks/ja)

## Bedeutsame Betriebsratswahlen in Spanien

Faires Wahlsystem ist entscheidend für Spaniens Zukunft

Von Dr. Peter Corterier MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß  
des Deutschen Bundestages

Nach den Parlamentswahlen werden die nächsten wichtigen Schritte Spaniens auf dem Weg zur Demokratie die Betriebsrats- und die Gemeindewahlen sein. Nach der schweren Niederlage, die sie bei den Parlamentswahlen erlitten haben, setzen die Kommunisten jetzt alles daran, um bei den Betriebsratswahlen verlorenes Terrain zurückzugewinnen und die kommunistischen Comisiones Obreras zur stärksten Gewerkschaft in Spanien zu machen. Die Sozialisten wollen, wie es in einer vor wenigen Tagen veröffentlichten Erklärung ihres Parteivorstandes heißt, ein Modell des politischen und wirtschaftlichen Fortschritts verwirklichen, das es bisher in Südeuropa nicht gibt, d.h. an die Seite einer starken, regierungsfähigen sozialistischen Partei soll eine sozialistische Gewerkschaft treten, die stärker als alle anderen, vor allem als die kommunistischen Gewerkschaften ist und die ein klares Mandat hat, für alle Arbeitnehmer Spaniens zu sprechen.

Nimmt man das Ergebnis der Parlamentswahlen und die seitherige Entwicklung als Maßstab, dann ist dieses Ziel der Sozialisten durchaus erreichbar. Allerdings muß vorher eine entscheidende Voraussetzung erfüllt sein: Ein faires Wahlsystem für die Betriebsratswahlen. Genau in dieser Frage aber zeichnet sich eine bedenkliche Entwicklung ab. In der bisherigen Diskussion über das Wahlsystem ist die spanische Regierung so gut wie überhaupt nicht auf die Forderungen der sozialistischen Gewerkschaft UGT und der sozialistischen Partei PSOE eingegangen, sondern hat sich mehr oder minder die Forderungen der Kommunisten zu eigen gemacht.

Es gibt Anzeichen dafür, daß Ministerpräsident Suarez um kurzfristiger parteitaktischer Vorteile willen geneigt ist, die Kommunisten gegen die Sozialisten, die ihm inzwischen zu stark geworden sind, auszuspielen. Es fällt aber schwer, sich vorzustellen, daß Suarez, dessen Verdienste um die Wiederherstellung der Demokratie in Spanien Helmut Schmidt zu Recht auf dem Hamburger Parteitag gewürdigt hat, tatsächlich bereit sein könnte, die Chance für eine starke, demokratische Gewerkschaftsbewegung in Spanien durch ein eindeutig die Kommunisten begünstigendes Wahlsystem bei den Betriebsratswahlen zu verspielen.

Darüber hinaus würde er sich durch ein solches Zusammenspiel mit den Kommunisten, durch eine Art historischen Kompromiß auf spanisch in eine gefährliche Abhängigkeit begeben. Deshalb gilt unsere ganze Solidarität unseren Freunden in PSOE und UGT, damit sie die jetzt zu führende Auseinandersetzung um die Betriebsratswahlen, von der für die Zukunft Spaniens so viel abhängt, erfolgreich bestehen. (-/23.11.1977/vo-he/hgs)

+ + +

Internationale Solidarität stärker praktizieren

---

Für eine grundwerteorientierte Entwicklungspolitik

Von Marie Schlei

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich auf ihrem Parteitag in Hamburg auf eindrucksvolle Weise zur Entwicklungspolitik bekannt: durch den Parteivorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden und den Bundeskanzler sowie durch die Verabschiedung von Leitlinien. Sie werden es nun auch den Ortsvereinen besser ermöglichen, eine grundwerteorientierte Entwicklungspolitik zu ihrem Thema zu machen, für die schon seit mehr als zehn Jahren Sozialdemokraten Verantwortung tragen.

Diese Prinzipien sind von Sozialdemokraten auf vielen Parteitagen ausreichend formuliert und definiert worden. Internationale Solidarität muß jetzt noch stärker durch Genossen praktiziert werden, und für die benachteiligten Menschen auf dieser einen Erde erfahrbar gemacht werden. Diese zentrale Politik unserer Partei braucht Identifikationsmöglichkeiten für jedes einzelne Mitglied. Wir können sie nicht nur abstrakt diskutieren.

Die Bundesregierung kann nun zusammen mit der Fraktion das Für und Wider eines Gesetzes zur Entwicklungszusammenarbeit, das Grundsätze, Ziele und Instrumente beschreibt, prüfen, wie es andere Industrieländer bereits mit positivem Ergebnis getan haben. Sie wird über alternative Stufenpläne zum Erreichen des Ziels, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts an Entwicklungsländer zu übertragen, nachdenken. Wenn wir dieses Ziel bis Mitte der 80er Jahre erreichen wollen, werden Haushaltssteigerungen wie die gegenwärtige von rund 20 Prozent dazu nötig sein. Wir dürfen nicht allzu schnellzünftig Ziele formulieren, ohne die Anstrengung zu beschreiben, die für das Erreichen notwendig ist. Wir werden uns deshalb auch über andere Möglichkeiten, zum Beispiel über Zinssubventionierung, Industrieanleihen, auch einen Dialog mit den Bundesländern diese gemeinsame Anstrengung betreffend Gedanken machen.

Herbert Wehner hat gesagt, Entwicklungspolitik ist keine Ressortpolitik, nichts für Liebhaber und Gelegenheitsmenschenfreunde. Er hat Recht. Der Ausgleich zwischen dem wohlhabenden Norden und den am Rande der Existenz lebenden Menschen auf der südlichen Halbkugel muß von allen Industrieländern und von allen Bürgern in diesem Lande mitgetragen und mitverantwortet werden. Sie muß erst recht für diese Partei ein Anliegen werden. Hamburg war ein guter Anfang.

(-/23.11.1977/bgy/hgs)

---

++ Dieser Beitrag wurde am 17. November im SPD-Pressedienst veröffentlicht. Bei der  
++ Übermittlung vom Hamburger Parteitag nach Bonn hatten sich einige sinnentstellende  
++ Fehler ergeben. Wir bitten, die Seite 3 des SPD-Pressedienstes vom 17. November 1977  
++ aus den Archiven zu nehmen und durch die hier berichtigte Fassung zu ersetzen.